



Die Grünen Grundwerte

Die sieben Grünen Grundwerte bilden das Fundament unserer Politik: Sie leiten Aktivitäten an, bieten Orientierung und geben Halt in politischen Debatten. Die Grundwerte wurden 2001 das erste mal festgehalten. Mitte 2023 initiierten Mitglieder der Tiroler Grünen den Visionenprozess, der unter anderem die grünen Grundwerte in eine aktuelle Fassung gebracht haben.

INHALTSVERZEICHNIS:

ökologisch	2
solidarisch	4
selbstbestimmt	6
basisdemokratisch	8
gewaltfrei	10
feministisch	13

ökologisch

Die Schönheit und Vielfalt von Österreichs Naturlandschaften – von den Alpen bis zu den Donau-Auen – sind ein wertvolles Gut. Sie sind Lebensgrundlage, Heimat, Quelle der Erholung und Wirtschaftsfaktor in einem. Doch dieses Erbe ist bedroht. Die Klimakrise, das massive Artensterben, die Übernutzung von Boden und Ressourcen sowie die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden gefährden unsere Zukunft.

Wir verstehen Ökologie nicht als ein Politikfeld unter vielen, sondern als die fundamentale Basis allen Handelns. Eine intakte Natur ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit für ein gutes Leben für alle, heute und in Zukunft. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die im Einklang mit den planetaren Grenzen lebt und die Vielfalt des Lebens als unverzichtbaren Wert schützt und fördert. Dies erfolgt im Eigeninteresse der Menschen und ihrer Überlebenschancen und erkennt auch die Existenzberechtigung der Natur in ihrer Vielfalt jenseits der menschlichen Nutzungsinteressen an.

Ein klimaneutrales Österreich bis 2040, das sich durch eine zu 100% erneuerbare, dezentrale und leistbare Energieversorgung auszeichnet, ist für uns ein klares Ziel, schafft zukunftssichere Jobs, macht uns unabhängig von fossilen Importen und sichert unseren Wohlstand.

Ökologisches Handeln im Angesicht der Klimakrise bedeutet ein sorgfältiges Abwägen zwischen dem notwendigen Ausbau erneuerbarer Ressourcen und den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes.

Die Biodiversitätskrise bedroht langfristig unser Überleben, daher setzen wir uns für eine weitreichende Biodiversitätsstrategie ein, mit der Österreich zum Vorreiter im Schutz der biologischen Vielfalt wird. Die Reduktion des Flächenverbrauchs, ein landesweiter Biotopverbund, der Schutz naturnaher Landschaften und die Wiederherstellung von Lebensräumen sind wichtige Maßnahmen, die in ein verbindliches Gesamtkonzept eingebettet sein müssen.

Fast 90% der Fläche Österreichs werden in irgendeiner Weise land – oder forstwirtschaftlich genutzt. Eine flächendeckende Bewirtschaftung, die unsere Kulturlandschaften pflegt, gesunde Lebensmittel produziert und Artenvielfalt sowie Klima schützt ist ein Markenzeichen Österreichs. Die Bäuerinnen und Bauern haben daher ein Recht auf faire Entlohnung für diese unverzichtbaren Dienstleistungen..

Wir bekennen uns zu einer Kreislaufwirtschaft, die weitestgehend ohne Abfall auskommt, in der Produkte langlebig, reparierbar und recyclebar sind und Rohstoffe immer wieder neu genutzt werden.

Demokratische Entscheidungsprozesse und deren größtmögliche Akzeptanz auf allen politischen Ebenen sind beim Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung einer nachhaltigen Ressourcennutzung von entscheidender Bedeutung. Dabei ist das Recht auf Information und die Möglichkeit zur Mitentscheidung für alle Betroffenen besonders wichtig.

Ein umfassend nachhaltiges Wirtschaftssystem berücksichtigt ökologische, soziale und ökonomische Aspekte und respektiert, dass Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft,

zwischen Gesellschaften unterschiedlicher Weltregionen und zwischen heute Lebenden und künftigen Generationen gerecht verteilt werden.

Als eines der wohlhabendsten Länder der Welt haben wir mit allen Ländern des globalen Nordens eine besondere Verantwortung beim Umbau auf ein nachhaltiges und weitestgehend CO₂ neutrales Wirtschaftssystem. Wir können zeigen, dass der Umstieg ökologisch sinnvoll, ökonomisch erfolgreich und sozial ausgeglichen sein kann.

Sauberes Wasser und gesunde Luft sind Grundvoraussetzungen für ein gutes Leben, hier hat Österreich einen hohen Standard der unbedingt abgesichert und im Detail auch noch verbessert werden muss.

Klimawandel und Biodiversitätskrise schaffen auch neue Dringlichkeiten bei der Ökologisierung der Siedlungsräume mit positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität.

Ökologisches Handeln ist aber nicht nur eine Staatsaufgabe, sondern verlangt von uns allen eine Bereitschaft, gewohntes Verhalten zu hinterfragen und zu ändern.

solidarisch

Solidarität ist die bewusste und freiwillige Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst und andere Menschen und Lebewesen zu übernehmen, ihre Interessen zu unterstützen und sich mit ihnen zu verbinden – besonders in schwierigen oder ungerechten Situationen – auf Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele.

Dies erfordert ein aktives Handeln – denn Solidarität zeigt sich nicht nur im Mitgefühl in Form von Empathie, sondern erst recht im konkreten Einsatz. Dieser soll mit Respekt erfolgen und anerkennt die Tatsache, dass alle Beteiligten und Betroffenen gleichwertig sind, unabhängig von Macht, Status oder Herkunft. Dieses Handeln soll eine nachhaltige, positive Wirkung auf die Betroffenen haben.

Solidarisches Handeln im Staat erfordert Institutionalisierung, die gerechte Verteilung von Solidarleistungen und die Herstellung eines solidarischen Ausgleichs.

Solidarität kann damit als Modus demokratischen Zusammenlebens verstanden werden, der es dem / der Einzelnen ermöglicht, selbstbestimmt zu agieren.

Solidarität entsteht durch Beteiligung – sie braucht demokratisches Engagement und klare basisdemokratische Rahmenbedingungen.

Echte Solidarität ist nicht nur ein spontanes Aufblitzen, sondern muss langfristig gepflegt werden – über akute Krisen hinaus. Solidarität ist auch nicht an erwartete Gegenleistung gebunden. Sie erfordert aktives Eintreten für bedrohte Interessen und den Aufbau von Fähigkeiten für gemeinsamen Widerstand.

Solidarität steht im deutlichen Gegensatz zu egoistischen Gesellschaftsmodellen, die die Interessen eines Staates, einzelner Konzerne oder Interessengruppen über das Gemeinwohl stellen.

Solidarität wird von den Grünen weltweit verstanden. Sie dient den nachfolgenden Generationen sowie allen Lebewesen auf diesem Planeten.

Der Klimawandel und seine Folgen ist uns Grünen ein besonderes Anliegen. Dabei müssen wir uns aus der Gängelung fehlgeleiteter, ideologiebasierter Politik befreien, die alle wissenschaftlichen Erkenntnisse des Weltklimarates beiseite schiebt. Nur durch selbstbestimmte, verantwortungsvolle Politik werden wir die Erde vor dem Kollaps bewahren.

Wir setzen nicht auf den „starken Mann“, der komplexe Probleme im Alleingang lösen soll. Die Klimakrise ist menschengemacht – und nur durch gemeinsames staatenübergreifendes Handeln können wir ihr wirksam begegnen.

Aufgrund des Rechtsruckes in der Politik, der Bagatellisierung und Verleugnung des Klimawandels und den massiven Angriffen auf WissenschaftlerInnen ist Solidarität mit der Wissenschaft wichtiger denn je. Ihre Erkenntnisse, wie sie im IPCC bzw. dem österreichischen Sachstandsbericht AAR dargestellt werden, müssen als das Fundament grüner Politik verstanden werden. Sie können nicht durch „alternative Fakten“ oder pseudowissenschaftlich getarnte Ideologien ersetzt werden.

Wir erwarten uns, dass Gesetze nicht nur mit einer Klima-, sondern auch mit einer Solidaritätsprüfung versehen werden.

Um Spannungen beim kapitalistischen Kampf um Ressourcen zu vermeiden, ist einerseits eine vorausschauende Klimapolitik von Nöten, andererseits sind die fundamentalen Menschenrechte anzuerkennen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ressourcen auf der Erde begrenzt sind, und wir sie bereits weit über das Zumutbare hinaus bis zur Erschöpfung ausgebeutet haben. Es geht um einen gerechten, nachhaltigen Einsatz von Ressourcen.

Denn Gerechtigkeit und Solidarität sind eng verbunden. Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen und Lebewesen gleich viel wert sind. Es muss immer das Verständnis von Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen im Mittelpunkt unserer Handlungen stehen.

selbstbestimmt

Definition

Selbstbestimmtes Leben bedeutet, über das eigene Leben zu entscheiden und den Alltag möglichst unabhängig von anderen zu gestalten. Was Selbstbestimmung heißt, definiert jede Person für sich selbst. Selbstbestimmung ist nicht etwas Abgeschlossenes, sondern ein dynamischer, sich ständig weiter entwickelnder Prozess.

Selbstbestimmtes Leben und seine Voraussetzungen lassen sich in allen Grundwerten der Grünen wiederfinden. Es ist daher untrennbar mit diesen Grundwerten verbunden und steht zugleich in einem kontinuierlichen Spannungsverhältnis zu ihnen.

Grüne Politik orientiert sich an der Autonomie jedes/r Einzelnen, an ihrer Würde und ihrem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist ein grundlegendes Recht, das geschützt und gefördert werden muss.

Autonomie meint, seine Entscheidungen entsprechen den eigenen Werten, Überzeugungen und Bedürfnissen treffen zu können. Autonomie und Selbstbestimmung sind keine isolierten Prinzipien, sondern entstehen im Dialog. Sie beruhen auf Aushandlungsprozessen – mit sich selbst, mit anderen und mit der Gesellschaft – und finden ihre Grenzen im Gemeinwohl aller Menschen und Lebewesen.

Selbstbestimmung ist nie absolut, sondern steht immer im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung. Es bedeutet Verantwortung für die eigenen Entscheidungen und deren Konsequenzen für sich selbst und andere zu tragen. Selbstbestimmung bedeutet daher nicht, einfach tun zu können, was man will. Selbstbestimmung darf nicht als Rechtfertigung missbraucht werden, um gesellschaftliche/wirtschaftliche Verantwortung auf den Einzelnen abzuschieben.

Rahmenbedingungen

Politik muss gesetzliche und soziale Rahmenbedingungen schaffen – etwa durch Barrierefreiheit und einen ungehinderten Zugang zu Unterstützungsangeboten –, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Ein selbstbestimmtes Leben kann nur gelingen, wenn Menschen materiell abgesichert sind, ihre Privatsphäre – besonders im digitalen Zeitalter – respektiert wird, Natur und Lebensraum bewahrt bleiben, gesellschaftliche Teilhabe für alle möglich ist, Diskriminierung keinen Platz hat und benachteiligte Gruppen sowie Lebewesen Unterstützung und Schutz erfahren. Die freie Gestaltung von Lebens- und Beziehungsformen muss gesichert sein.

Die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gehört wesentlich zu einem selbstbestimmten Leben. Wieweit Einzelne sich daran beteiligen wollen, ist deren persönliche Entscheidung. Wieweit Einzelne sich daran beteiligen können, hängt von der Organisation der demokratischen Entscheidungsprozesse ab. So gehört etwa das Wahlrecht für AusländerInnen ebenso zu einem selbstbestimmten Leben, wie es Aufgabe der Gesellschaft ist, jene Einzelpersonen und Gruppen zu fördern, deren Chancen auf Selbstbestimmung durch ihre Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht, durch ihre sexuelle Orientierung, durch

Behinderung, Krankheit, Alter, durch Status als MigrantInnen oder als ethnische Minderheit eingeschränkt sind.

Selbstbestimmung kann nur gewährleistet werden, wenn Menschen vor unkontrolliertem Datenzugriff und der Kommerzialisierung ihrer Privatsphäre geschützt werden. Ebenso müssen Menschen und andere Lebewesen vor den Eingriffen einer technokratischen Wirtschaft, einer entmündigenden Staatsmacht und den Auswüchsen staatlicher Überwachung verteidigt werden.

Den zunehmenden autoritären, politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen von Autonomie und Selbstbestimmung muss entschieden entgegengetreten werden – stets im Geiste von Basisdemokratie, gelebter Solidarität und den anderen Grünen Grundwerten.

basisdemokratisch

Definition und Grundlagen

Hinter dem Grundwert Demokratie steht die Vorstellung, dass alle Menschen frei geboren sind und es kein Recht auf Herrschaft über die Menschen weder für König noch Gott gibt. Diese grundsätzliche Freiheit wird politisch in Demokratien am Besten abgebildet.

Die Gesetzgebung erfolgt in demokratischen Republiken nicht mehr im Namen Gottes oder des Königs, sondern im Namen des Volkes, der Basis, der Bürgerinnen und Bürger eines Staates. Die gesetzgebende Autorität liegt in demokratischen Republiken bei den Bürger:innen und kann in unterschiedlicher Art und Weise ausgestaltet werden.

Demokratie ist die gleichberechtigte Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft in der politischen Gestaltung ihrer Gesellschaft. Demokratie ist die Verteilung von politischer Macht, die Kontrolle und die Möglichkeit des Wechsels von politischer Macht.

Basisdemokratie ist auch eine Form der Aushandlung geteilter Wünsche und Umsetzung geteilter Ziele. Im Anthropozän ist es notwendig, im Rahmen der Demokratie auch der Natur eine Rechtspersönlichkeit zuzugestehen.

Demokratie und Politik müssen auch von der Sorge aus gedacht werden. Das verlangt auch eine starke soziale Demokratie und setzt eine andere Ökonomie voraus, die nicht nur von dem Wachstumsdenken ausgeht.

Der Grundwert Basisdemokratie war und ist das Begehren nach mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Gesellschaftsbereichen und ist der Einsatz für eine starke Demokratie. Basisdemokratie verlangt auch den Ausbau von direkter Demokratie, mit mehr Volksbefragungen und der Möglichkeit von verbindlichen Volksabstimmungen auf allen politischen Ebenen.

Demokratie muss als radikale Infragestellung dessen, was „ist“ gesehen werden. Es ist eine Möglichkeit, Bestehendes zu verändern.

Lebendige Demokratie

Mitbestimmung und Teilhabe sind das Kennzeichen lebendiger Demokratie. Dies erstreckt sich auf alle Lebensbereiche, beginnt in der Familie, Schule und reicht bis zu den Betrieben mit seinen Betriebsräten und dem politischen Beteiligungsprozess mit Diskussionen, Wahlen und Inkludiert Natur und allen Lebewesen.

Wir Grüne sind dafür, dass in all diesen Bereichen Demokratie ausgebaut wird.

- ▶ Lebendige Demokratie und Selbstbestimmung bedeutet jedoch nicht, einfach tun zu können, was man will – ungeachtet der Bedürfnisse anderer Menschen und Lebewesen.
- ▶ Für eine kompetente Beteiligung ist politisches Engagement Voraussetzung und führt zum Einbinden von BürgerInnen. Das Einbinden von Bürgerinnen und Bürgern bereits im Vorfeld von politischen Entscheidungen mittels Planungs- und Zukunftswerkstätten und über Bürgerinnenräte ist ein wichtiges Element der Basisdemokratie und gehört weiter ausgebaut.

- ▶ Es müssen Orte der Erfahrung von Demokratie ausgebaut werden. Das beginnt mit der Kindererziehung, in der Bildung und in Betrieben und reicht von den Schulen, den Medien, bis zu den politischen Parteien.
- ▶ Lebendige Demokratie führt zu einer starken Demokratie. Sie verlangt den Ausbau der direkten Demokratie, der Volksabstimmung – und Mitbestimmungsrechte, den Ausbau der Minderheiten – und Kontrollrechte in den politischen Gremien und den Einsatz föderale, dezentrale Machtstrukturen.
- ▶ Starke Demokratie verlangt Verhältniswahlsysteme, die politische Vielstimmigkeit, Machtverteilung und Parteien Vielfalt garantieren und nicht Mehrheitswahlsysteme, die politische Vielstimmigkeit, Machtverteilung und Parteienvielfalt verhindern.
- ▶ Ähnlich wie in der Schweiz ist auch in Österreich eine Kultur der Volksabstimmungen zu entwickeln, die bereits im Vorfeld garantiert, dass ausgewogen pro und contra Argumente ausgetauscht werden und Volksabstimmungen nicht gegen Minderheiten eingesetzt werden können.

Voraussetzungen für Basisdemokratie

- ▶ Basisdemokratie braucht Zeit und Räume für die notwendigen gemeinsamen Diskussionen und Abstimmungsprozessen. Sie muss von klein auf erlernt werden.
- ▶ Wichtig ist der Austausch von Argumenten innerhalb und außerhalb der neuen Medien, wobei es notwendig ist, diese gesetzlich so einzuhegen, dass nicht Hass und Hetze den politischen Diskurs bestimmen.
- ▶ Notwendig für mehr Basisdemokratie ist nicht nur eine verstärkte Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit direkter Demokratie, sondern auch eine Änderung der demokratischen Kultur in den Parteien.
- ▶ Die Umsetzung von Basisdemokratien in Parteien erfordert, dass Abstimmungen über Programm und Spitze von allen Mitgliedern gemacht werden und laufend Mitgliederbefragungen und die Organisation von vielfältigen Diskussionsprozessen passieren.
- ▶ Basisdemokratie erweitert den Raum der Repräsentative Demokratie stark um partizipative und direkte Elemente und sorgt dafür, dass generell die demokratische Kultur ausgebaut und nicht rückgebaut wird und man gegenüber autoritären Versuchungen resilient bleibt.
- ▶ Basisdemokratie schwächt Populismus, Lobbyismus, Korruption, ist weniger polarisierend und ist in ihrer Politik transparent. Sie stärkt damit ein gutes Leben für alle.

gewaltfrei

1. Vorbemerkung

Konflikte sind Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens – ihr konstruktiver Umgang ist Grundlage für Gerechtigkeit und Frieden. Gewalt zeigt sich in vielerlei Formen: in militärischen Konflikten, sozialer Ungleichheit, Diskriminierung und im persönlichen Miteinander. Auch Tiere und Umwelt sind davon betroffen.

Gewaltfreiheit bedeutet jedoch nicht zwangsläufig ein absolutes Gewaltverbot ohne Ausnahmen, sondern eine klare Priorisierung von gewaltfreien Mitteln, strenge Bedingungen für jede Gewalteinwirkung (ultima ratio, Verhältnismäßigkeit, Rechtfertigung durch Völker-/ Menschenrechte) sowie robuste Kontroll- und Präventionsmechanismen.

2. Definition von Gewaltfreiheit

In der grünen Grundhaltung ist Gewaltfreiheit ein Prinzip, das Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verbindet – es geht dabei um eine ethische und geistige Haltung. Gewaltfreiheit schließt den bewussten Verzicht auf Rache, Hass oder Vergeltung ein – ohne dabei Passivität zu verlangen.

Denn gewaltfrei zu sein heißt nicht, alles hinzunehmen oder sich wehrlos zu ergeben. Im Gegenteil: Gewaltfreiheit verlangt oft aktiven, mutigen Widerstand, wenn Unrecht geschieht oder Grenzen überschritten werden. Dieser Widerstand kann viele Formen haben – etwa zivilen Ungehorsam, klare Kommunikation, solidarisches Handeln oder den Schutz anderer.

Längere Auseinandersetzungen bergen zudem die Gefahr, in eine Gewaltspirale zu geraten. So ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass Gewalt immer auch Reaktionen und Gegengewalt erzeugen kann. Hier gehört immer abgewogen, ob eine Verhältnismäßigkeit der Reaktion gegeben ist.

3. Gewaltfreie Kommunikation

Gewaltfreie Kommunikation heißt nicht, dass die Anwendung von Gewalt, auch physischer und sogar kriegerischer Gewalt, prinzipiell ausgeschlossen ist. Es geht darum, den kommunikativen Möglichkeitsraum, in dem wir ohne Anwendung von Gewalt und Zwang Lösungen finden, möglichst groß zu halten und ständig zu erweitern. Dabei ist es notwendig, die zugrunde liegenden Mechanismen zu erkennen und zu verstehen – nicht, um sie zu rechtfertigen, sondern um sie wirksam überwinden zu können.

Die Grenzen des Möglichkeitsraums der Gewaltfreien Kommunikation sind dort, wo wir zum Schutz elementarer Bedürfnisse Gewalt einsetzen müssen und im Moment noch kein gewaltfreies Mittel zur Verfügung haben.

4. Wege zur Gewaltfreiheit

Gewaltfreiheit ist ein Grundwert, der Denken, Politik und Handeln leitet und somit gelehrt und auch erlernt werden muss.

Hier bedarf es gerade schon in unseren Bildungseinrichtungen einer gezielten Vermittlung

von gewaltfreien Maßnahmen und deren aktiven Umsetzung. Es muss auch klar vermittelt werden, dass eine Entscheidung für oder gegen Gewalt niemals passiv erfolgt, sondern Ausdruck bewussten Handelns ist. Eine generelle Konfliktkultur muss gefördert, erlernt und vorgelebt werden.

Dies muss im individuellen und auch staatlichen (institutionellen) Verhalten verankert und umgesetzt werden. Unbedingt ist auch jenen Menschen eine Stimme zu verleihen, die sich aufgrund vielfältiger Benachteiligung nicht am Diskurs beteiligen können.

5. Gewaltfreiheit als gesellschaftlicher Auftrag

Gewaltfreiheit bedeutet nicht nur, auf körperliche Gewalt zu verzichten, sondern auch, Machtmissbrauch, Unterdrückung, Diskriminierung und jede Form struktureller Gewalt – wie Armut, Ausbeutung oder häusliche Gewalt – entschieden abzulehnen und aktiv daran zu arbeiten, sie zu verhindern.

Dies gilt sowohl auf staatlich-institutioneller Ebene als auch individuell, etwa in Gewaltberatung und Präventionsarbeit.

Gewaltfreiheit bedeutet aber auch einen schonenden Umgang mit Ressourcen, Schutz der Artenvielfalt und eine Lebensweise, die nicht zerstörerisch, sondern respektvoll ist.

Dass Gewaltfreiheit funktioniert, zeigt uns unsere eigene Vergangenheit. Verschiedene wissenschaftliche Studien, die wichtigste davon ist von Chenoweth und Stephan (Why Civil Resistance Works, 2011), zeigen, dass gewaltfreie Bewegungen etwa doppelt so erfolgreich sind wie gewaltsame.

6. Gewaltfreiheit in Politik und Kommunikation

Gewaltfreiheit in der politischen Auseinandersetzung und Kommunikation schafft Raum für respektvollen Dialog.

- ▶ Gewaltfreie Kommunikation ist Grundlage für ein respektvolles Miteinander, auch in digitalen Räumen. Deshalb brauchen wir mehr Medienkompetenz, wirksamen Schutz vor Hassrede und klare Regeln gegen digitale Gewalt. Soziale Medien dürfen nicht länger ein rechtsfreier Raum bleiben.
- ▶ Ziviler Widerstand, lebendige Protestkultur und basisdemokratische Strukturen machen gesellschaftliche Missstände sichtbar. So wird die demokratische Teilhabe gestärkt und das Miteinander nachhaltig gefördert.
- ▶ Diplomatie statt Aufrüstung, Kooperation statt Konfrontation. Dazu muss auch Konflikt- und Friedensforschung selbstverständlich sein, institutionell verankert und ausreichend gefördert werden.

7. Gewaltfreiheit als außenpolitisches Prinzip

Wir setzen auf zivile Konfliktprävention, Abrüstung und eine gerechte Weltwirtschaft, die Partnerschaft statt Abhängigkeit schafft.

Klimagerechtigkeit, Menschenrechte und starke internationale Institutionen sind dabei die Säulen einer gewaltfreien Außenpolitik. NGOs gehören nicht ausgegrenzt, sondern eingebunden und müssen als Bereicherung unserer Konfliktkultur gesehen werden.

Die weiterhin wirksame bipolare Weltsicht, ein Erbe des Kalten Krieges, trägt noch immer zu Konflikten und Gewalt bei. Wir setzen uns für ein neues Denken ein, das gemeinsame Interessen betont und Schwarz-Weiß-Muster überwindet.

8. Schluss: Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft

Wir Grüne stehen für eine Gesellschaft, in der Menschen in Sicherheit, Freiheit und Respekt leben und unsere Umwelt nachhaltig geschützt werden.

Nur durch Kooperation und gegenseitiges Verständnis können wir den globalen Herausforderungen unserer Zeit – wie Klimawandel, Pandemien und Sicherheitsfragen – wirksam begegnen.

Gewaltfreiheit bedeutet auch, Brücken zu bauen, Respekt zu fördern und demokratische Teilhabe zu stärken.

feministisch

Feminismus ist für uns Grüne ein grundlegender Wert und eine politische Haltung. Er benennt und bekämpft die strukturelle Ungleichheit der Geschlechter, wie sie sich in patriarchalen Machtverhältnissen seit Jahrhunderten manifestiert hat.

Diese Systeme haben Frauen und marginalisierte Geschlechter unsichtbar gemacht, entmachtet und auf das Private, das Fürsorgliche, das „Irrationale“ reduziert – während heteronormative Männlichkeit als Norm für Rationalität, Macht und Öffentlichkeit konstruiert wurde.

Wir erkennen: Das Geschlechterverhältnis ist kein biologisches Schicksal, sondern ein historisch gewachsenes Herrschaftsverhältnis, das bis heute Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt reproduziert. Deshalb verstehen wir Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* nicht als individuelles Problem, sondern als systemisches Machtinstrument patriarchaler Strukturen. Gleichstellung ist nicht in der Realität angekommen ist – nicht beim Einkommen, nicht in der Sorgearbeit, nicht bei der Machtverteilung, nicht in Fragen von Gewalt oder Zugang zu Ressourcen.

Unser Feminismus ist intersektional. Er erkennt, dass Diskriminierung nicht isoliert geschieht. Geschlecht wirkt nicht allein, sondern steht in Wechselwirkung mit Herkunft, sozio-ökonomischem Hintergrund, ethnischer Zuschreibung, sexueller Orientierung, Behinderung oder Religion. Deshalb steht grüner Feminismus für die Rechte aller Menschen, die von patriarchaler und anderer struktureller Ungleichheit betroffen sind – und kämpft für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe auf allen Ebenen.

Formale Gleichstellung reicht nicht. Es braucht konkrete Veränderung, in der Verteilung von Macht und Ressourcen. Feminismus ist kein Nebenwiderspruch – er ist zentral für Demokratie, Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit.

Wir Grüne begreifen Feminismus nicht als Identitätspolitik, sondern als transformative Kraft – für eine solidarische, gerechte Gesellschaft der Vielen.

Wir streben eine Gesellschaft an, in der niemand aufgrund des Geschlechts Gewalt, Abwertung oder Einschränkung erfährt – und jeder Mensch frei ist von Rollenzwängen, Abhängigkeiten und Ausgrenzungen ist. Eine Gesellschaft, die selbstreflektiv ist, in der alle Geschlechter gleichberechtigt und selbstbestimmt leben, entscheiden und gestalten können – frei von Machtkämpfen, Ressourcenkonflikten und struktureller Benachteiligung.